

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wiederjährlicher Abonnementpreis 0,75 RM.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung des Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Stützpunkt)
Berlin N.O. 24, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt Alexander, Nr. 4720.

Nr. 53/54.

Berlin, Sonnabend, 7. Juli 1917.

Neunundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Zur Lehrlingsfrage. — Kriegslohne. — Allgemeine Rundschau. — Amtlicher Teil. — Aus dem Verbands. — Briefkasten. — Anzeigen-Teil.

Zur Lehrlingsfrage.

Schon in Friedenszeiten wurden besonders im Handwerk lebhaft Klagen geäußert, daß nicht genügend junge Leute einen bestimmten Beruf erlernen. Es zeigte sich ein Mangel an geübten Facharbeitern, während ungelernete Arbeitskräfte genügend vorhanden waren. Der Krieg hat auch hier verschärfend eingegriffen. Wir haben nicht nur den Verlust von hunderttausenden männlicher Arbeitskräfte durch den Tod zu beklagen, sondern auch die durch die Kriegswirkungen verursachte Anflut zur Erlernung eines Berufes haben die Zahl der Facharbeiter vermindert, die Gesamtbildung eines Nachwuchses stark beeinträchtigt und gehemmt. Wir werden aber in Deutschland nach dem Kriege mehr noch als vorher darauf angewiesen sein, Qualitätsarbeit zu leisten, wenn wir uns auf dem Weltmarkt behaupten und die ausländische Konkurrenz aushalten wollen. Nach diesem Krieg kommt ein anderer Kampf, der sich auf dem Gebiete der Weltwirtschaft abspielt. Konkurrenz wird zwischen den verschiedenen Völkern bestehen bleiben. Der jahrelange Krieg und die durch ihn erfolgte Aufpeitschung der Völker gegeneinander werden ihre Spuren im Wirtschaftsleben noch für lange Zeit zurücklassen. In diesem Konkurrenzkampf wird das Volk Sieger bleiben, das am tüchtigsten ist, das nicht nur denkende Köpfe, geistig hochgebildete Kaufleute und Ingenieure, sondern das auch gut ausgebildete Facharbeiter aufweisen kann, die Hervorragendes zu leisten vermögen.

War dieser Mangel an gut durchgebildeten Facharbeitern schon vor dem Kriege in gewissem Maße vorhanden, so ist er, wie gesagt, in der jahrelangen Kriegszeit noch größer geworden, und er wird sich beim Wiederaufbau der Friedensarbeit erst recht bemerkbar machen. In der Kriegszeit mit ihren zwangsläufigen Zuständen, in der die Teuerung an allen Ecken und Enden erschreckend deutlich in die wirtschaftlichen Verhältnisse der Unbemittelten und der Wenigerbemittelten eingreift, versucht natürlich jeder Familienvater und jede Mutter aus diesen Krisen das Familieneinkommen zu erhöhen, soweit das überhaupt zugänglich ist. Hat ein Sohn oder eine Tochter die Schule verlassen, dann zwingt die teuere Zeit sie dazu, möglichst schnell einen angemessenen Verdienst zu erzielen, der der Familie einen Zusatz und damit die Möglichkeit einer besseren Lebenshaltung gewährleistet. Die Erlernung eines bestimmten Berufes in der Industrie, im Handel und Gewerbe erfordert eine mehrjährige Ausbildungszeit, in der das magere „Kostgeld“ nicht ausreicht, um die wachsenden Bedürfnisse der jungen Leute zu befriedigen. In dieser Zeit ist von einer Einkommensverbesserung der Familie nicht die Rede, viel eher noch müssen erhebliche Ausgaben und Zuschüsse geleistet werden, die in der Beschaffung von Nahrung und Kleidung zum Ausdruck kommen. Ist das für viele Familien schon in geordneten Friedenszeiten recht schwer und kaum erschwänglich, so wird es in dieser teureren Kriegszeit fast ganz zur Unmöglichkeit. Das führt dazu, daß jetzt die jungen Leute, insbesondere die Söhne, beim Verlassen der Schule mehr und mehr Arbeiten zugewandt worden sind, bei denen sie „gleich verdienen“ und dadurch der Familie eine wesentliche Hilfe leisten können.

Der heute herrschende Mangel an Arbeitskräften in den verschiedenen Arten der Rüstungsindustrie, die dadurch hervorgerufene größere Nachfrage nach Arbeitskräften hat die Löhne ungelernerter oder nur auf bestimmte Artikel angelernter Arbeiter auf eine größere Höhe getrieben als die Löhne der gelernten Berufe, so daß jugendliche Arbeitskräfte, die kaum aus der Schule entlassen sind, recht annehmbare Verdienste erreichen. Das hat den Anreiz dazu gegeben, eine längere Lehrzeit zu umgehen. Man kann die Gründe hierfür wohl verstehen, ohne sie in jedem Fall billigen zu müssen; denn die jetzigen hohen Löhne für Jugendliche lassen sich nach dem Kriege nicht aufrecht erhalten. Nach Kriegsschluss wird aus diesen Ursachen heraus ein Ueberschuß ungelernerter Arbeiter vorhanden sein, während die gelernten Facharbeiter, die wir dann erst recht brauchen werden, nicht in genügender Zahl zu finden sind. Die Forderungen hoher Löhne für Jugendliche jetzt während der Kriegszeit führen also dazu, daß nach Beendigung des Krieges gerade bei der Gruppe ungelernerter Arbeiter ein Ueberangebot und damit eine größere Arbeitslosigkeit einsehen wird.

Es ist daher dringend davor zu warnen, die Zahl der ungelernernten Arbeiter rücksichtslos zu vergrößern. Wer es irgend möglich machen kann, der lasse seinen Sohn und seine Tochter, die in das Erwerbsleben eintreten müssen, einen geeigneten und ihnen zuzuführenden Beruf erlernen, der auch für die Zukunft Aussicht auf weiteres Vorwärtkommen bietet. Die nach dem Kriege einsetzende Umgestaltung unserer ganzen Verhältnisse läßt sich allerdings jetzt noch nicht übersehen. Aber soviel ist wohl sicher, daß Facharbeiter, die eine regelrechte Lehrzeit durchgemacht haben und die genügend von ihrem Beruf verstehen, auch in späterer Zeit leichter ihr Fortkommen finden werden, als ungelernete Arbeiter.

Wenn nun über den Mangel an Gemeintheit zur Erlernung eines Berufes geklagt wird, und wenn insbesondere die Handwerksmeister nicht genügend Lehrlinge bekommen können, so hat das, wie bereits gesagt, seinen Grund mit in den Entwicklungsverhältnissen der jungen Leute. Will man dem Handwerk und der Facharbeit einen genügenden Nachwuchs sichern, dann muß auch dafür gesorgt werden, daß den jungen Leuten wenigstens einigermaßen ein Entgelt für ihre Arbeitsleistung zuteil wird, das den Anreiz zur Erlernung eines Berufes nicht ganz und gar vernichtet. Es mag sein, daß ein Handwerksmeister seinen Lehrlingen nicht das geben kann, was die Industrie einem jugendlichen Hilfsarbeiter zahlt. Es soll auch zugegeben werden, daß ein Lehrling im ersten Teil seiner Lehrzeit wenig leistet. Das ändert sich aber sehr bald, wenn im Betriebe eine geordnete Arbeitsweise herrscht und wenn den Jugendlichen die erforderlichen Anweisungen in verständlicher Art gegeben werden. Dann bedeutet ein solcher Lehrling eine nicht zu unterschätzende Hilfe für den Betrieb, die in der Regel im letzten Lehrjahre, teilweise auch schon früher die Arbeitskraft eines Gehilfen voll erlernt. Da muß und kann auch eine angemessene Entlohnung gefordert werden, sonst werden die Klagen über den Mangel an Lehrlingen nicht verstummen. Sind dann auch Ausflüchten auf angemessene Gehilfenlöhne vorhanden, dann dürfte im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung die Meinung zum Erlernen eines bestimmten Berufes wieder steigen. Ohne die Aussicht auf später zu erzielende angemessene Arbeitslöhne kann den in Frage kommenden Berufen auch kein leistungsfähiger Nachwuchs

ersteren. Heute allerdings verdient ein ungelernerter Arbeiter, der noch nie einen Betrieb im Innern gesehen hat, vielfach mehr als ein gelernter Spezialfacharbeiter. Die Löhne der letzteren müssen daher zweckdienlich geordnet werden, sonst bleibt der Nachwuchs tüchtiger Kräfte aus.

Nun aber auch noch einige Worte über die Ausbildung der Lehrlinge an sich! Da muß betont werden, daß die leider noch immer bestehenden „Lehrlingszuchtereien“ zu beseitigen sind. Die Betriebe, deren Bestehen auf der Lehrlingsausnützung und -ausbeutung beruht, die aber infolge ihrer Einseitigkeit keine wirklich praktische Ausbildung der jungen Leute zu leisten vermögen, diese Betriebe müssen verschwinden. Sie bilden nicht nur eine unlautere Konkurrenz im Wirtschaftsleben, sondern sie erziehen einen einseitig und mangelhaft ausgebildeten Gehilfenstand, dessen einzelne Glieder wieder von vorn anfangen müssen, wenn sie in einen anderen Betrieb übergehen. Diese Lehrlingszuchtereien, die nur auf die Lehrlingswirtschaft angewiesen sind, verstoßen die Methode, einen jungen Mann sofort zu entlassen, wenn seine Lehrzeit beendet ist und ihn durch einen anderen Lehrling zu ersetzen, unbefriedigt darum, ob der Ausgelernete dann auch in der Lage ist, weiterzukommen. Wer Lehrlinge annimmt, der hat damit auch die Verpflichtung übernommen den jungen Leuten eine möglichst gründliche Ausbildung anzudeuten zu lassen. Trägt er einer solchen Pflicht nicht Rechnung, dann sollte ihm das Recht der Beschäftigung von Lehrlingen genommen werden. Das gilt nicht nur für die Lehrlingszuchtereien im besonderen, sondern für alle, die in ihren Betrieben Lehrlinge beschäftigen im allgemeinen. Die bei den Innungen vorgeschriebenen Geistesprüfungen fassen das Uebel nicht an der Wurzel; auch sie sind meistens einseitig und entsprechen nicht dem beabsichtigten Zwecke. Hier kann nur eine dauernde Ueberwachung dieser Betriebe durch Kaufleute helfen und auch die obligatorische Fortbildungsschulpflicht, die zu einem Fachunterricht führen muß, wenn ein gut vorgebildeter Nachwuchs erstehen soll.

Neben den vielen und großen Aufgaben, die den Arbeiterorganisationen obliegen, werden sie in der Zukunft auch dem Lehrlingswesen mehr Beachtung schenken müssen als bisher. Wir haben hier diese Frage angechnitten, weil wir sie für ernst genug halten, um besprochen zu werden. Es würde der Sache gewiß nützen, wenn uns nun auch aus den Kreisen unserer in der praktischen Arbeit stehenden Verbandskollegen Meinungsäußerungen zu dieser Frage zugingen, die wir dann als Ergänzung hierzu veröffentlichen könnten. Die Lehrlingsfrage und Lehrlingsausbildung darf auch von den Deutschen Gewerkevereinen nicht nebenläufig behandelt werden, denn ihre Regelung bedeutet einen Teil der Zukunft der deutschen Arbeiterjugend.

Kriegslohne.

Ergebnisse einer statistischen Umfrage.
Von Gustav Sartmann.

III.

Die Lohnverhältnisse der Staatsarbeiter bilden ein besonderes Kapitel für sich. Es ist natürlich im Rahmen dieser kurzen Abhandlung nicht möglich, auf Einzelheiten einzugehen, sondern wir müssen uns darauf beschränken die wichtigste Gruppe, die Eisenbahnarbeiter, herauszugreifen, deren Löhne nicht nur bezüglich der Ar-

beitsverrichtung, sondern auch bezüglich des Wohnortes außerordentlich verschieden sind. Es ist schon aus diesem Grund nicht möglich, eine feste Grundlage für die Löhne anzugeben. Daraus kommt es aber auch nicht an; die Hauptfrage ist, festzulegen, ob bei dieser Arbeitergruppe Lohnerhöhungen gewährt werden sind und in welcher Höhe. Die preussische Staatseisenbahnverwaltung hat derartige Lohnerhöhungen seit längerer Zeit bewilligt, die laufend monatlich zahlbar sind. Daneben ist im Dezember 1916 die Zahlung einer einmaligen besonderen Lohnerhöhungen angeordnet worden. Diese beträgt für ledige Arbeiter 40 M., für verheiratete Arbeiter ohne Kinder unter 14 Jahren 60 M., für verheiratete Arbeiter mit einem Kind unter 14 Jahren 80 M., mit 2 Kindern 100 M., mit 3 Kindern 100 M., mit 4 Kindern 110 M., mit 5 Kindern und mehr 120 M. Diese Beträge sind größtenteils im Dezember zur Auszahlung gelangt. Dann sind im Frühjahr 1917 noch weitere Lohnzulagen erfolgt, die aber auch sehr ungleich bemessen sind. Den einfachen Arbeitern sind 30-40 Pfg. für den Tag zugelegt worden, während die höher entlohnenden Handwerker einen prozentualen Lohnzuschlag erhalten haben, der bis zu 150 Pfg. pro Tag beträgt. Diese Zuschläge sind nach den einzelnen Lohnklassen bemessen, so daß z. B. in Berlin die Lohnklasse A mit dem bisherigen Höchstlohn von 67 Pfg. eine Zulage von 8 Pfg., die Lohnklasse B mit dem bisherigen Höchstlohn von 59 Pfg. nur 5 Pfg. und die Lohnklasse C mit dem bisherigen Höchstlohn von 55 Pfg. gar nur 3 Pfennige Zuschlag bekommen hat. Die am niedrigsten entlohnenden Arbeiter sind also dabei am wenigsten berücksichtigt worden. Man wird nicht behaupten können, daß hierdurch ein idealer Zustand herbeigeführt worden sei. Denn daß gerade die am schlechtesten entlohnenden Arbeiter eine durchgreifende Aufbesserung dringend benötigen, ergibt sich aus folgendem: In S i r s c h e r g i. S c h l. sind im Januar d. J. Löhne der Güterbodenarbeiter von 350 M. täglich zu verdienen gewesen; in F a n n o w i k für Streifenarbeiter sogar nur von 260 M., in R e g n i s für Rangierer von 340 M. und für Güterbodenarbeiter von 3 M. u. f. f. Alle diese Arbeiter sind Familienväter, sie haben wohl die Lohnerhöhungen erhalten, aber eine Aufbesserung ihrer Löhne ist nicht in genügender Weise erfolgt.

Die Lohnverhältnisse der Staatsarbeiter liegen nun in den einzelnen Bundesstaaten recht verschieden. Es ist an dieser Stelle auch nicht möglich, auf alle diese bundesstaatlichen Eigenheiten einzugehen, so gerne wir das auch zur Klärung der Lohnfrage tun möchten, aber die Schilderung der Verhältnisse in Preußen dürfte an sich schon genügen, um ein Bild über Löhne der Eisenbahner zu erhalten. Erwähnt sei dabei aber noch, daß der Landtag von Oldenburg am 20. Dezember 1916 den Staatsarbeitern eine Sonderzulage von 18 M. jährlich für jedes Familienmitglied bewilligt hat.

Etwas besser liegen die Lohnverhältnisse bei den Gemeinbedienten in den größeren Städten. Hier sind die Stundenlöhne an sich höher; sie richten sich nach der Dauer des Dienstalters und sind im Durchschnitt während der Kriegszeit um 2 bis 3 Pfg. gestiegen, wenn auch nicht überall. Man kann hier einen Durchschnittslohn von 45 bis 50 Pfg. annehmen. Dazu treten Lohnerhöhungen, die nach dem Familienstand bzw. nach der Kinderzahl bemessen sind. Diese Lohnerhöhungen beginnen mit 250 M. wöchentlich und steigen bis 8 M., so daß ein Durchschnittslohn von 33 bis 36 M. einschließlich der Lohnerhöhungen herauskommt. Das ist natürlich in Anbetracht der teureren Zeitverhältnisse keineswegs viel, immerhin aber mehr als bei einem Teil der Eisenbahnarbeiter. Die Ueberstundenarbeit muß zum großen Teil das Fehlende ersetzen. Dabei muß aber noch ein Wort über die Lohnverhältnisse der Straßenreiner in Berlin gesagt werden, deren Löhne durchschnittlich um 4 Pfg. pro Stunde erhöht worden sind. Sie betragen jetzt im Durchschnitt 53 Pfg. gegen 48 bis 49 Pfg. vor dem Kriege. Die Lohnerhöhungen sind hier höher als anderswo. Sie beginnen mit 12 M. monatlich für Jugendliche unter 18 Jahren und steigen bis 50 M. für Familienväter mit 5 und mehr Kindern.

Die Löhne der Tabak- und Zigarrenarbeiter sind schon in Friedenszeiten zum Teil weit hinter den Löhnen in anderen Erwerbszweigen zurückgeblieben. Sie weisen außerdem auch sehr große Unterschiede in den verschiedenen Landesteilen auf, die zwischen einem Jahresdurchschnittslohn von 650 bis 850 M. im Jahre 1915 schwanken.

Die mangelhaften Lohnstatistiken in diesem Berufszweige lassen ein genaues Urteil nicht zu; jedoch ist berechnet worden, daß im Jahre 1915 eine Lohnsteigerung im Reichsdurchschnitt um 30 M. für das ganze Jahr eingetreten ist; das bedeutet eine Steigerung um etwa 4 Prozent gegenüber dem letzten Friedensjahr 1913. Demgegenüber hat sich aber auch stellenweise ein Lohnrückgang bemerkbar gemacht, so daß trotz der günstigen Geschäftslage in der Tabakindustrie eine Besserung der Arbeiterlöhne für das Jahr 1915 nicht nachweisbar ist. Für das Jahr 1916 wird eine Steigerung der Tabakarbeiterlöhne um 10 bis 20 Prozent geschätzt. Genaue Ziffern lassen sich hierüber zur Zeit noch nicht beibringen, da auch hier die Unterschiede in den einzelnen Landesteilen zu groß sind. Aber es ist doch ohne weiteres erkennbar, daß die Steigerung der Löhne auch in diesem Berufe nicht im entferntesten mit der Besserung der Lebenshaltung Schritt gehalten haben. Die Tabakarbeiter haben somit an den Kriegsgewinnen keinerlei Anteil gehabt; ihre Lage hat sich sogar wesentlich verschlechtert, und der Hinweis auf hohe Kriegslöhne trifft auf diese Arbeitergruppen auf keinen Fall zu. Am günstigsten sind 930 M. Durchschnittslohn in 1915 standen noch die Löhne in der Zigarrenindustrie, die aber gegen 1913 auch um 8 M. zurückgegangen waren. Am niedrigsten standen sie mit 665 M. in der Zigarrenindustrie, obwohl eine Steigerung um 19 M. gegen 1913 eingetreten war. Die Zahlen sind den Veröffentlichungen der Tabakberufsgenossenschaft entnommen und deshalb wohl einwandfrei. Sie beweisen aber, daß hier Abhilfe dringend am Platze ist, die auch in der neueren Zeit von den Arbeiterorganisationen der Tabakindustrie lebhaft angestrebt wird. Die drei in Frage kommenden Arbeiterorganisationen der Tabakindustrie haben im April 1917 an die Fabrikantenverbände den Antrag gestellt, die bisher gewährten Zulagen für alle Arbeiter und Arbeiterinnen auf 85 vom Hundert zu erhöhen und diese Zulagen als feste Lohnzulagen zu gewähren. Was daraus geworden ist, das war uns beim Schreiben dieser Zeilen noch nicht bekannt. Die Tabakindustrie leidet jetzt allerdings auch stark unter der Rohstoffknappheit. Sie hat aber auch Seereslieferungen auszuführen, die gewiß nicht schlecht bezahlt werden und deshalb haben die Tabakarbeiter berechtigten Grund zu der Forderung einer angemessenen Lohnaufbesserung.

Recht trübe liegen die Verhältnisse der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Textilindustrie. Der Mangel an Rohstoffen, Wolle und Baumwolle, hat eine Produktions Einschränkung notwendig gemacht und dadurch ein zeitgemäßes Aufsteigen der Löhne verhindert. Während in anderen Industrien ein Mangel an Arbeitskräften erwiesen ist, sind zahlreiche Textilarbeiter und -arbeiterinnen gezwungen gewesen, den erlernten Beruf an den Nagel zu hängen und sich einem anderen Erwerb in der Kriegsindustrie zuzuwenden. Nach einer Statistik, die von unserem Gewerbeverein der Textilarbeiter aufgenommen worden ist, sind 10,6 Prozent der Mitglieder dieses Gewerbevereins zum Berufswechsel genötigt gewesen. Daneben war im Januar 1917 eine Arbeitsloseniffer von 10,2 Prozent vorhanden, so daß die Textilindustrie zu jener Zeit 20,8 Prozent ihrer Arbeiterkraft nicht beschäftigen konnte, obwohl auch in dieser Industrie die Aufträge für Seereslieferungen gewiß nicht gering sind. Der Rohstoffmangel hat hier mit rauher Hand in die Erwerbsverhältnisse der Arbeiterkraft eingegriffen. Demgemäß ist die Lohnsteigerung auch nur recht winzig. Aus der bereits erwähnten Statistik des Gewerbevereins der Textilarbeiter, die mehr als 60 Textiltile umfaßt, geht sogar hervor, daß die Löhne im Jahre 1916 teilweise niedriger gewesen sind als vor Ausbruch des Krieges. Erst am Anfang des Jahres 1917 ist eine Steigerung um etwa 10 Prozent zu verzeichnen. Dabei muß man sich aber auch die Höhe der verdienten Löhne vergegenwärtigen, um diesen Aufschlag von 10 Prozent richtig einschätzen zu können. Die Stundenverdienste beginnen mit 15 Pfg. und steigen bis zu 60 Pfg. für besonders qualifizierte Arbeiter. Und diesen Lohn erreichen nicht etwa Neulinge in der Textilindustrie, sondern Leute, die schon 15 bis 40 Jahre in einem und demselben Beruf tätig sind, also ihr Handwerk verstehen. Das alles in einer Zeit, wo die nötigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel eine Steigerung um Hunderte von Prozenten erfahren haben!

Aus der Statistik des Gewerbevereins der Textilarbeiter haben wir für verschiedene Landesteile die Stundenverdienste im Durchschnitt berechnet. Diese Durchschnittsverdienste betragen:

In	vor Kriegs- ausbruch pro Stunde	im Januar 1917 pro Stunde
Niederschlesien, Ober- und Niederlausitz	27 Pfg.	31 Pfg.
Mitteldeutschland	43 "	48 "
Rheinland-Westfalen	37 "	43 "
Sachsen	28 "	33 "
Bayern	31 "	37 "

Das ergibt bei der beschränkten Arbeitszeit Wochenverdienste im Durchschnitt zwischen 12 bis 19 M. Dazu kommt allerdings noch die staatliche Unterstützung für die Textilarbeiter und vereinzelt auch noch besondere geringe Lohnerhöhungen. Aber alles das reicht keineswegs aus, um den Textilarbeitern eine auch nur annähernd menschenwürdige Lebenshaltung in der jetzigen Zeit zu ermöglichen. Unter solchen Verhältnissen war es ganz selbstverständlich, daß die Arbeiterkraft sich rühren mußte und daß sie Lohnforderungen stellte. Das ist in Bayern und in der Niederlausitz geschehen. Ueber das Ergebnis dieser Lohnbewegung in Bayern ist uns zur Zeit noch nichts bekannt. Dagegen sind für die Niederlausitz folgende Aufbesserungen erfolgt:

I. Affordweblöhne (Stichtag 1. Oktober 1916):

- a) für Militärlöhne + 40 Prozent;
 - b) für Decken beträgt der Lohnsatz für 1000 Schuh 1 1/2 Pfg. mehr als für Militärlöhne;
 - c) bei Anfertigung von anderen Stoffen sollen die Weber unter gleichen Verhältnissen eine entsprechende Verdienstmöglichkeit haben.
- Anknüpfen + 40 Prozent, jedoch nicht über 7 Pfg. für 100 Faden.

II. Alle anderen Affordweblöhne sind mit Stichtag 1. Oktober 1916 entsprechend den für die Stundenlöhne nachfolgend festgesetzten Zulagen zu erhöhen.

Die Berechnung dieser neuen Affordweblöhne bleibt den einzelnen Betrieben vorbehalten.

III. Stundenlöhne (Stichtag 1. Oktober 1916):

- Jugendliche unter 16 Jahren + 5 Pfg. für die Stunde;
- Erwachsene (d. h. jest über 16 Jahre alt):
- a) bei Lohnsätzen bis mit 30 Pfg. + 7 Pfg. für die Stunde.
- b) bei Lohnsätzen über 30 Pfg. + 9 Pfg. für die Stunde.

Diese Lohnzulagen gelten von der Lohnwoche ab, in welcher der 26. April lag. Die Aufbesserung ist aber nicht derart, daß dabei große Gewinne erzielt werden können.

Für die Baumwollindustrie ist ebenfalls unter Mitwirkung des Kriegsausschusses der deutschen Baumwollindustrie eine Lohnaufbesserung in Aussicht genommen worden. Der Feststellungspreis soll um 10 Prozent erhöht und diese Erhöhung nur zur Lohnregulierung verwendet werden. Das würde eine Lohnerhöhung von 25 bis 40 Prozent bedeuten, deren Verteilung der Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitern überlassen bleiben soll.

(Fortsetzung folgt.)

Allgemeine Rundschau.

Infolge der Änderungen im Postverband des „Gewerbevereins“ sind uns eine ganze Anzahl Wünsche unterbreitet worden, die eine Änderung in den Adressen zum Ausdruck bringen. Wir haben hierzu folgendes zu bemerken:

1. Adressen-Änderungen innerhalb eines Vierteljahres können nicht berücksichtigt werden. „Der Gewerbeverein“ geht für die Dauer des Vierteljahres immer an die Adresse, die bereits gemeldet war, und erst mit Beginn eines neuen Vierteljahres, in diesem Falle also vom 1. Oktober ab, ist eine Änderung möglich. Die eingelangten Adressen-Änderungen werden von da ab berücksichtigt werden.
2. Verschiedentlich ist uns von der Post mitgeteilt worden, daß die Empfänger des „Gewerbevereins“ die Annahme und die Zahlung des Postgeldes verweigern. Wir müssen daher für diese Ortsvereine vorläufig die Ueberweisung des „Gewerbevereins“ einstellen.
3. Wenn der Empfänger des „Gewerbevereins“ innerhalb des Vierteljahres seine Wohnung wechselt, muß er seinem zuständigen Postamt Mitteilung machen und um Ueberweisung der Zeitung in die neue Wohnung erfragen. Es war voraussehen, daß die vorgenommene Änderung in der Zustellung des „Gewerbevereins“ für die erste Zeit hier und da auf Schwierigkeiten

stehen würde. Wir hoffen aber diese Schwierigkeiten überwinden zu können, wenn unsere Kollegen die hier gegebenen Ratsschlüsse berücksichtigen.

Der Zentralratsführung am 29. Juni wohnte eine Anzahl Gäste bei, die vom Vorsitzenden herzlich begrüßt wurden. Vor Eintritt in die Tagesordnung beauftragte der Verbandsvorsitzende, Kollege Hartmann, eine vom Kollegen Mukraich gestellte Anfrage bezüglich des Stadtverordnetenmandats des verstorbenen Kollegen Goldschmidt. Unter den Mitteilungen aus dem geschäftsführenden Ausschuss berichtete Kollege Hartmann über mehrere Konferenzen im Kriegesamt und über das Ergebnis einer Umfrage wegen der Arbeiterausschüsse nach § 11 des Sittendienstgesetzes. Eine von ihm besuchte Ortsverbandskonferenz in Sagan hat einen guten Verlauf genommen. Ebenso konnte Kollege Lewin über eine durchaus gelungene Ortsverbandskonferenz in Aßchersleben berichten. Sodann begründete der Verbandsvorsitzende Kollege Hartmann nachstehende Entschliessung, die vom Zentralrat einstimmig angenommen wurde:

Die künftigen Friedensverträge werden über das Schicksal Deutschlands entscheiden. Ueber ihren Inhalt steht schon nachzudenken und sich auszusprechen, muß daher als Recht und Pflicht jedes Deutschen anerkannt werden. Leider hat aber die öffentliche Erörterung der deutschen Kriegs- und Friedensziele, bis her einen Verlauf genommen, der den Interessen des deutschen Volkes nicht dienlich ist. Weder die Forderung eines reinen Verzichtsriebs noch die leidenschaftliche Agitation für möglichst ausgedehnte, gewalttätige Angliederung fremder Gebiete sichern uns eine friedliche Zukunft und die notwendige Entwicklungsfreiheit; sie fördern dagegen die im blutigen Verteidigungskrieg noch immer unentbehrliche Einheit und Geschlossenheit unseres Volkes und nähren bei unsern Feinden die falsche Kriegsverlängernde Hoffnung auf Deutschlands inneren Zerfall.

Aus diesen Gründen lehnt der Zentralrat der Deutschen Gewerbetreue (G.-D.) ab, sich in den Streit um die Friedensziele einzumischen und erwartet auch von den einzelnen Gliedern im Verbandsrat, daß sie jeden etwaigen Versuch, diesen Meinungsstreit in die Organisationsfragen hineinzutragen, möglichst zurückweisen. Die Friedensbedingungen zu gestalten sein werden, was wird vor allem von der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Lage der Kriegführenden bei Aufnahme der Friedensverhandlungen abhängen. Der Zentralrat spricht nach den im Reichstage wiederholt abgegebenen Erklärungen des Reichsregierers und der Parteien die bestimmte Erwartung aus, daß die oberste Reichs- und Seeresleitung zur geeigneten Zeit ihre Kriegs- und Friedensziele enthüllen, das deutsche Volk zur Mitbestimmung aufrufen und daß es dann möglich sein wird, einen ehrenvollen dauerhaften Frieden für das heimatliche deutsche Volk herbeizuführen, der Sicherheit und Unabhängigkeit nach außen, Freiheit und Aufstiegsfähigkeit im Innern gibt, und unsern Kindern alle segensreiche Früchte des beispiellosen Ringens um Deutschlands Weltgeltung erhält.

Als Vorbedingung dafür hält es der Zentralrat für unerlässlich, daß in den Friedensvertrag Bestimmungen aufgenommen werden, die jedem Volk volle Betätigungsfreiheit auf dem Weltmarkt nach Maßgabe seiner wirtschaftlichen Kräfte sichern. Außerdem erscheint es dem Zentralrat dringend erwünscht, daß zwischenstaatliche Vereinbarungen zur Durchführung eines Mindestmaßes von sozialer Fürsorgegesetzgebung (Arbeiterlohn, Arbeiterversicherung) für alle Kulturnationen festgelegt werden.

Unabhängig davon erwartet der Zentralrat, daß die in Aussicht gestellte Neuordnung der innerpolitischen Verhältnisse im Deutschen Reich tatkräftig, bald und gründlich durchgeführt wird. Als Vertreter einer Arbeiterorganisation, die freischicht-nationalen Anschauungen kundtut, begrüßt er die nach dieser Richtung gehenden feierlichen Ankündigungen und bindenden Zusagen des deutschen Reichers und der verantwortlichen Staatsmänner und wünscht dringend, daß ihre Verwirklichung nicht länger hinausgeschoben wird. An der äußeren Madtenthaltung und der inneren Neuordnung mit allen Kräften mitzuarbeiten, erklärt sich der Zentralrat namens der Deutschen Gewerbetreue mit Freuden bereit.

Einer vom Drucker des Verbandsorgans geforderten Erhöhung der Druckkosten soll mit Rücksicht auf die allgemeinen Leuerungsverhältnisse Rechnung getragen werden. Zu einer sehr ergiebigen Aussprache führte der nächste Punkt der Tagesordnung über **Gemeinsamkeit**.

arbeit mit andern Verbänden. Der Verbandsvorsitzende, Kollege Hartmann, konnte mitteilen, daß mit verschiedenen Vereinigungen Beziehungen angeknüpft sind, die zum Teil auf festen Zusammenschluß, zum Teil auf gemeinsame Kundgebungen abzielen. Die vom geschäftsführenden Ausschuss nach dieser Richtung hin getanen Schritte wurden gutgeheißen, außerdem wurde der Verbandsleitung die Vollmacht erteilt, die Verhandlungen einstweilen weiterzuführen und zu geeigneter Zeit dem Zentralrat darüber zu berichten.

Zur Förderung der Verbandsarbeit tersekretariate hat der Zentralrat vor einiger Zeit eine Kommission eingeleitet. Ueber das Ergebnis ihrer bisherigen Beratungen berichtete eingehend Kollege Mukraich, der namentlich die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung dieser Einrichtungen nachwies. Bezüglich des Sekretariats in Frankfurt a. M. haben einige Hauptvorstände durch dankenswerthes Entgegenkommen die Grundlage geschaffen, auch dieses Sekretariat zu erhalten. Die Kommission hält es für zweckmäßig, dasselbe sobald wie möglich, spätestens aber zum 1. Oktober voll in Betrieb zu setzen. Ein als Arbeitersekretär für Frankfurt in Aussicht genommener Kollege soll zur nächsten Zentralratsführung eingeladen werden, um einen kurzen Vortrag über Aufgaben und Pflichten eines Arbeitersekretärs zu halten. Den letzten Punkt der Tagesordnung bildete ein Bericht des Kollegen Klein über die Generalversammlung des Gewerkevereins der Schuhmacher und Leberarbeiter, die einen guten Verlauf genommen hat. Bevor die Sitzung geschlossen wurde, richtete der Zentralratsvorsitzende, Kollege Kleinfeld, an den Verbandsorganisierer Kollegen Klein anläßlich seines bevorstehenden 25jährigen Dienstjubiläum herzliche Worte des Dankes und der Anerkennung und übermittelte ihm die Glückwünsche des Zentralrats.

Gustav von Schmoller, der berühmte Berliner Nationalökonom, ist am 26. Juni in Bad Harzburg im 80. Lebensjahre einem Herzschlag erlegen. Mit ihm ist ein Mann dahingegangen, der sich weit über die Grenzen des Deutschen Reichs hinaus einen gedachten Namen erworben hat. War er doch zum Bahnbrecher geworden auf dem Wege des sozialen Fortschritts. Als Mitbegründer und langjähriger Vorsitzender des Vereins für Sozialpolitik, als Mitglied der Gesellschaft für Soziale Reform hat Schmoller, so lange er lebte, für den Ausbau der sozialen Gesetzgebung, für die Schaffung eines durchgreifenden Arbeiterrechtes gewirkt. Die Emporhebung der Arbeitermassen in wirtschaftlicher und geistiger Beziehung war ihm Lebensziel. Gefördert wurden diese Bestrebungen durch das Amt, das Schmoller 60 Jahre lang bekleidete. Im jugendlichen Alter schon wurde er Professor. Er wirkte als Lehrer der Nationalökonomie an der Universität Berlin seit dem Jahre 1882 bis kurz vor Ausbruch des Krieges. Tausende von Schülern haben zu seinen Füßen gesessen und seine Lehren begierig aufgenommen. Aber nicht genug damit! Sie haben die von ihm empfangenen Auffassungen auch weitergetragen, so daß man sagen darf, daß Schmoller auf die Entwicklung der deutschen nationalökonomischen Wissenschaft einen ausschlaggebenden Einfluß ausgeübt hat. In Wort und Schrift ist dies geschehen.

Bei den Scharfmachern und in den hinter ihnen stehenden hochkonservativen Kreisen erregte die Tätigkeit Schmollers lebhaften Anstoß, und es hat nicht an Versuchen gefehlt, den Einfluß Schmollers zu brechen. Mit dem Schlagwort „Kathedersozialisten“ suchte man die ganze Richtung zu verächtlichen, glücklicherweise ohne Erfolg.

Schmoller hat stets ohne Rücksicht darauf, ob ihm von irgend einer Seite Beifall winkte, seine Anschauungen vertreten, die oft genug, wenn es sich um innerpolitische Angelegenheiten handelte, mit unserer Auffassung nicht übereinstimmten. Trotzdem betrauern wir in dem Dahingegangenen einen Mann von ehrlicher Ueberzeugung, der für die deutsche Arbeiterklasse das Beste wollte und sehr vieles Gute angebahnt hat. Das, was Gustav Schmoller geleistet hat, wird unerbäulich bleiben. Seine Werke sind das beste Denkmal, das einem Menschen gesetzt werden kann.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Monat Mai wird vom Reichsarbeitsblatt in folgender Weise gezeichnet: Die Kraft, mit der die deutsche Kriegswirtschaft seit Monaten arbeitet, um den Erfordernissen des Heeres und des Inlandsmarktes zu genügen, zeigte sich auch im Mai unvermindert stark und verriet mit dem Mai des Vorjahres ver- gleichlich vielfach noch eine Steigerung.

Im Bergbau und Süttenbetrieb macht sich dem Vormonat gegenüber teilweise eine Steigerung des Ablasses bemerkbar. Insbesondere ist hier wie bei der Metall- und Maschinenindustrie verschiedentlich eine höhere Arbeitsleistung als im Mai des Vorjahres festzustellen. Die elektrische wie die chemische Industrie arbeiteten ebenso reger wie im Vormonat. Für die Nahrungsmittelindustrie ist im ganzen eine Abschwächung kennzeichnend, während das Bekleidungs-gewerbe eine Veränderung in seiner im allgemeinen betriebigen Lage nicht erfahren hat. Für den Baumarkt macht sich keine erhebliche Veränderung geltend.

Die Nachweisungen der Krankenkassen ergeben für die am 1. Juni 1917 in Beschäftigung stehenden Mitglieder dem 1. Mai gegenüber insgesamt eine Zunahme um 100 186 Beschäftigte oder um 1,41 v. H. (gegenüber einer Zunahme der Beschäftigtenzahl um 1,42 v. H. in der entsprechenden Zeit des Vorjahres). Das Zunahmeverhältnis ist bei beiden Geschlechtern annähernd gleich. Die Steigerung der männlichen Beschäftigung betrug 1,16 v. H. (gegenüber einer solchen um 1,26 v. H. im Vorjahr). Die Erhöhung der weiblichen Beschäftigung stellte sich am 1. Juni auf 1,64 v. H. (gegenüber einer Zunahme um 1,61 v. H. im Vorjahr). Daß die noch stärkere Zunahme des vorigen Monats nicht ganz erreicht worden ist, erklärt sich in erster Linie daraus, daß der April infolge des Eintritts der schulentlassenen Jugend ins Erwerbsleben in der Regel eine außerordentlich hohe Zunahme verzeichnet. Zu berücksichtigen ist bei der Beurteilung der Bewegung der männlichen Beschäftigtenzahl, daß die Kriegsgefangenenarbeit in den Ergebnissen der Krankenkassenstatistik nicht eingegriffen ist.

Nach den Feststellungen über die Arbeitslosigkeit in 33 Nachverbänden, die für 891 654 Mitglieder berichteten, wurden Ende Mai 8729 Arbeitslose oder 1,0 v. H., d. i. die gleiche niedrige Ziffer wie im Vormonat ermittelt. Sie war gegen den Mai der drei vorhergehenden Jahre wesentlich gesunken, da sie 1914 2,8, 1915 2,9 und 1916 2,6 v. H. betrug.

Die Statistik der Arbeitsnachweise läßt im Berichtsmonat für das männliche wie das weibliche Geschlecht ein Sinken des Andranges der Arbeitssuchenden erkennen. Im Mai kamen auf 100 offene Stellen bei den Männern 53 Arbeitssuchende (gegen 56 im Vormonat), während beim weiblichen Geschlecht sich der Andrang von 107 auf 96 verminderte.

Die bis Mitte Juni reichende Statistik auf Grund des „Arbeitsmarkt-Anzeigers“ zeigt keine erhebliche Veränderung der Verhältnisse.

Die Berichte der Arbeitsnachweiskverbände über die Lage des Arbeitsmarktes lassen für Ostpreußen, Thüringen, Provinz Sachsen nebst Anhalt und Württemberg im allgemeinen keine erhebliche Veränderung erkennen. In Berlin-Brandenburg stand der Arbeitsmarkt im Frieden lebhafter Anspannung. Für Hamburg wird eine Steigerung der Inanspruchnahme der Arbeitsnachweise gemeldet. Auch in Westfalen herrschte auf dem Arbeitsmarkt für männliche Personen ein regerer Verkehr als im April. Der Arbeitsmarkt zeigte im Rheinland wie in Baden verglichen mit dem Vormonat eine Belebung. Während sich in Hessen und in Hessen-Ansa eine noch stärkere Nachfrage gegen ein etwas vermindertes Angebot von männlichen Arbeitskräften feststellen ließ, trat in Schleswig-Holstein ein etwas höheres Angebot männlicher Arbeitssuchender hervor. Für Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Bremen wird ein kleiner Rückgang der Vermittlungstätigkeit festgestellt. Aus dem Königreich Sachsen wird über Zunahme der Schwierigkeit in der Beschaffung von Arbeitskräften berichtet.

Die 4. ordentliche Generalversammlung der Deutschen Volksversicherung Akt.-Ges. fand am 27. Juni unter dem Vorsitz des Grafen Dr. von Posadowsky-Wehner in Berlin statt. Der Verband der Deutschen Gewerbetreue ist dieser Volksversicherung bekanntlich angeschlossen.

Der erstattete Geschäftsbericht konstatiert eine dauernd günstige Entwicklung unserer Volksversicherung. Die Zahl der Versicherten hat sich auch im dritten Kriegsjahr wesentlich erhöht. Ueber 150 000 Personen stehen heute in irgendeinem Versicherungsverhältnis zur Deutschen Volksversicherung. Diesem Resultat ist gegenüberzustellen, daß der Versicherungsbestand 1913 erst 10 083 betrug. Auch im Jahre 1917 bewegt sich der Ausgang an Einzelversicherungsanträgen in aufsteigender Linie. Diese Tatsachen erbärten am

Aus dem Verbands.

Sagan. Am 21. Juli befindet sich meine Wohnung und das Büro Auguststraße 16 in Sagan. Die Kollegen werden darauf aufmerksam gemacht, daß bei Zuschriften die Adresse voll ausgeschrieben werden muß, um zu vermeiden, daß die Briefschaften nicht auf anderen Gewerkschaftsbüros abgegeben werden, wie es schon vorgekommen ist. Der Fernsprechanschluß befindet sich Nr. 2784. Die Sprechstunden sind vormittags von 11 bis 1 Uhr (in der Woche), Sonntags von 8 bis 9 Uhr.

Gust. Wolf, Bezirksleiter.

Sagan. Am Sonntag, den 24. Juni, fand hier eine Ortsverbandskonferenz statt, die von den Ortsverbänden Görtz, Gottbus, Forst, Keupitz, Brimtenau, Sagan, Sommerfeld, Spremberg und Sprottau, sowie von 18 Ortsvereinen besucht war. Den einleitenden Vortrag hielt der Verbandsvorsitzende Partmann in Berlin. Die Niederlage, die die Arbeiterbewegung in ausführender Weise. Die Konferenz wurde durch den Bericht des Vorsitzenden über die Tätigkeit der Ortsverbände im Kriegsjahre 1916/17 eingeleitet. Er hob ferner die Bedeutung der Arbeiterorganisationen während des Krieges hervor, die den Nachweis erbracht, daß ohne dieselben das gesamte Wirtschaftsleben im Innern des Vaterlandes bald ins Stocken geraten wäre. Der Krieg wurde eingeleitet, um die deutsche Industrie, den deutschen Handel zu vernichten, die England gefährlich wurden, um Deutschland vom Weltmarkt auszuschalten. Die jüngsten Tage haben es bewiesen, daß der Scheitern über die Geheimverträge sich zu listen begann. Die Räte an Arbeitslosigkeit, die den Kriegsausbruch einleiteten, sie haben meist ihre Lebensgrundlage gefunden. Heute sind die Arbeiter, namentlich in der Kriegsindustrie, reichlich beschäftigt, es besteht sogar ein Mangel an männlichen Arbeitskräften. In den Erwerbszweigen, die an Rohstoffmangel infolge der Absperrung der Zufuhren leiden, wie die Textilindustrie, bestehen die Räte noch weiter. Man hat zu Arbeitsverhältnissen, Zusammenlegungen von Betrieben greifen müssen, wie es auch bei der Rüstungsindustrie, der Schuhwarenfabrikation, der Fall ist. Redner wies weiter auf die Ernährungschwierigkeiten hin. In all diesen schwierigen Fragen war die Mitwirkung der Arbeiterorganisation nötig. Das Streikverbot während des Krieges erschien erst, nachdem die Organisationen bereits dafür gerüstet hatten, daß Ausstände vermieden bleiben sollten. Allerdings sind Arbeitsverhältnisse erfolgt, welche in Ernährungschwierigkeiten ihre Ursachen hatten. Es bedurfte der Unterstützung, um sie zu beseitigen. In der Frage der Volksernährung sind außerordentlich schwere Fehler gemacht worden, auf der Grundlage der Gleichberechtigung von Arbeitern und Arbeitnehmern. Das Übel, was hier der Krieg gebracht, darf nicht ohne weiteres wieder verloren gehen und muß hindereinleitet werden in die Friedenszeit. Wir haben in gewissem Sinne Arbeitsgemeinschaften bekommen, in die auch die Kriegsbeschädigten eintreten sollen, ohne daß ihre Kriegrenten Anrechnung an den Lohn finden. Sondern daß dieser nach der Leistung gewährt wird. Wir haben uns auch mit der Reorganisation des Arbeitsnachweises beschäftigt, in müssen, der bereits in voller Wirksamkeit sein soll, wenn der Krieg vorüber ist. In allen Stellen unserer Kriegswirtschaft sind Arbeitervertreter mit tätig. Die Kriegsbeschädigtenfürsorge und die Kriegsbeschädigtenfürsorge, das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst und andere Einrichtungen fanden in dem Vortrage entsprechende Beleuchtung, wobei die sozialpolitischen Fortschritte anerkannt wurden. Dies tritt auch bei der Bildung der Arbeiterausschüsse, die in Betrieben von mindestens 50 Arbeitern vorhanden sein müssen, in den Schlichtungsausschüssen und in den Vertrauensmänner-Ausschüssen des Kriegsamtes hervor. Das, was die Gewerkschaften lange erstritten, die Gleichberechtigung der Arbeiter, ist in allen diesen Einrichtungen teils mehr, teils weniger zum Durchbruch gekommen. Wir alle müßten bedauern, daß sie auch über die Kriegszeit hinaus erhalten bleibt.

Schließlich wendete sich Redner den Aufgaben der Ortsverbände zu und beantwortete eingehend die Fragen über deren Notwendigkeit und weiteren Ausbau und forderte zur Gründung neuer Ortsvereine auf, wo es geboten erschiene. Er schloß mit einem Appell für die Sache der Gewerkschaften, den Pionieren der deutschen Arbeiterbewegung, deren Erfolge Gemeinnut nicht bloß der Arbeiterschaft, sondern des gesamten Volkes geworden seien.

Nach eingehender Aussprache über das Gehörte wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die am 21. Juni 1917 in Sagan abgehaltene Ortsverbandskonferenz der Deutschen Gewerkschaften vertritt den Standpunkt, daß jetzt in der Zeit des Krieges nichts veräußert werden darf, um auch im Niedersächsischen Bezirk den Fortschritt in der Gewerkschaften zu fördern, damit in der hoffentlich recht bald kommenden Zeit des Friedens die Deutschen Gewerkschaften den dann entstehenden neuen Aufgaben gewachsen sind. Die Konferenz betrachtet als einige der wichtigsten dieser neuen Aufgaben die Schaffung eines Arbeitsrechtes im Sinne der neuen Zeit unter voller Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter und ihrer wirtschaftlichen Organisationen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, die Überleitung der durch das Hilfsdienstgesetz geschaffenen Arbeiterausschüsse und Schlichtungsausschüsse in die Friedenszeit und

augenscheinlichsten die gesunde Grundlage des Unternehmens. Die Deutsche Volksversicherung zählt infolge dieser günstigen Entwicklung zu den Versicherungen, die in den Kriegsjahren dauernd einen Reingewinn aufweisen.

Die Deutsche Kriegsversicherung hat im abgelaufenen Geschäftsjahr sich ebenfalls günstig weiterentwickelt. Die Zahl der versicherten Kriegsteilnehmer stieg von 58.043 auf 65.689. Die Anzahl der gemeldeten Sterbefälle von Kriegsteilnehmern betrug bisher im ganzen 1392. Nach den bis jetzt vorliegenden Zahlen wird an die Hinterbliebenen versicherter gefallener Krieger ungefähr das 24fache der eingezahlten Beiträge entfallen. Weber das endgültige Resultat läßt sich aus begreiflichen Gründen zurzeit natürlich noch nichts Bestimmtes sagen. Bekanntlich wird die Kriegsversicherung von der Deutschen Volksversicherung als Wohlfahrtsunternehmen unentgeltlich geführt. Beiträge und Zinsen fließen den Versicherten wieder zu. Der Reserve für Kriegsversicherung wurden im Jahre 1916 33.536,30 Mk. an Zinsen zugeführt. Insgesamt konnten der Reserve bis jetzt nach Abzug sämtlicher Unkosten 56.291,99 Mk. an Zinsen gutgeschrieben werden. An Abschlagszahlungen, die während des Krieges in fünfjähriger Höhe des eingezahlten Beitrages gewährt werden, wurden 75.017,50 Mk. geleistet.

Die Jahresprämieinnahmen steigerten sich insgesamt auf 1.252.101,78 Mk. Die Zinseneinnahme stieg von 133.554,05 Mk. im Jahre 1915 auf 167.022,66 Mk. in 1916. Die Gesamteinnahmen liegen von 4.002.328 Mk. auf 5.028.503,98 Mk. Die Ausgaben für Sterbe- und Invaliditätsfälle der Versicherten betragen 246.851,35 Mk. gegen 166.187,46 Mk. im Jahre 1915. Die für diesen Zweck zur Verfügung stehenden Mittel wurden nicht aufgebraucht. Hieraus ist auf einen günstigen Gesundheitszustand der Versicherten zu schließen.

Es wurde dankend aus dem Kreise der Mitglieder des Verwaltungsausschusses, der die Interessenvertretung der Versicherten bei der Gesellschaft als solcher darstellt und der in einer vorhergehenden Sitzung dem Bericht zugestimmt hatte, hervorgehoben, daß die Aktionäre und insbesondere die als Großaktionäre in Betracht kommenden Versicherungsgesellschaften auf Verteilung der ihnen zustehenden Dividenden auch in diesem Jahre wie in den Vorjahren einstimmig verzichtet haben.

Erzelenz Dr. Graf von Wolodosty-Wehner sprach am Schluß der Generalversammlung den Teilnehmern den Dank der Deutschen Volksversicherung aus. Er gab der lebhaftesten Hoffnung Ausdruck, daß wir die gegenwärtige schwere Zeit bald überwunden haben möchten. Unterdessen muß es Pflicht aller sein, zum Besten der minderbemittelten Bevölkerung die segensreiche Tätigkeit in der Volksversicherung mit allem Eifer und gutem Willen fortzusetzen.

Ämtlicher Teil.

Begrüßung
des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften (G.D.).
Quittung über eingezahlte Beiträge im Monat Juni 1917.

Brauer: Breslau Nr. 884, Fabrik- und Handarbeiter: Kiel-Gaarden 221. **Konditionen:** Berlin 1.000. **Maler, Radierer etc.:** Berlin III 2.47. **Maschinenbau- und Metallarbeiter:** Rathenau Nr. 3683 2.56, Preß Nr. 1606 1.17, Jordan Nr. 3286 1.17, Freiberg Nr. 1362 1.56, Rogenau Nr. 1130 2.34. **Sorgekassenarbeiter:** Rathenau 4.16, Moabit Nr. 1874 3.12. **Schneider:** Berlin Nr. 173 2.50, Cottbus 6.30, Herrmann Nr. 981 2.34. **Schuhmacher und Lederarbeiter:** Berlin Nr. 975 0.39, Berlin Nr. 5231 3.17, Frankfurt a. O. 2.34, Friedersheim 1.82, Starzard Nr. 810 2.08, Zeitz 1.95. **Textilarbeiter:** Spremberg 8.32. **Täbker:** Jandowitz Nr. 4066 4.16. **Zigarren- und Tabakarbeiter:** Prenzlau Nr. 5376 3.38. **Ortsverbände:** Saynau 44,07. **Summa Mark 117,42.**

Berlin, den 3. Juli 1917.

R. Klein, Hauptkassierer.

Unter Bezugnahme auf § 5 des Statuts machen wir bekannt, daß nachstehende Mitglieder der Begrüßung des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften aus der Kasse ausgeschlossen sind, wenn sie nicht innerhalb vier Wochen die restierenden Beiträge bezahlen:

Frauen und Mädchen: Danks Nr. 5659. **Ge-
meinschafter:** Berlin I Nr. 5276. **Schuhmacher und
Lederarbeiter:** Raderborn Nr. 8893. **Textilarbeiter:
Cottbus Nr. 3998.**

Berlin, den 8. Juli 1917.

Paul Mäger,
Vorsteher.

R. Klein,
Hauptkassierer.

wirkamen Schutz der Mitglieder dieser Ausschüsse vor Nachregelung und wirtschaftlichem Druck.
An alle Ortsvereine und Ortsverbände richtet die Konferenz die Aufforderung, in diesem Sinne zu wirken und in der Werbung neuer Mitglieder sowie im Ausbau der Organisation nicht nachzulassen.“

Veranstaltungen.

Berlin. Diskussionsklub der Deutschen Gewerkschaften (G.D.). Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr im Verbandsbureau. Nächste Zusammenkunft am 1. August. — **Konditionsgewerkschaften-Verband Berlin (Ortsverein II G.D.).** Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat, abends 8 Uhr, im Sport-Restaurant, Dirschenstraße 1. Die beiden anderen Dienstage Sitzung, Rixdofstraße 93 bei Gerecht. — **Sonntagsabend, den 7. Juli 1917.** Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin III. Abends 8-10 Uhr Jodelabend im „Nordwest-Kajino“, Alt-Moabit 55.

Veränderungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Düsseldorf (Ortsverband). Bruno Pöschel, Schriftführer, Düsseldorf 18, Schützenstr. 28 II. **Halle a. S. (Ortsverband).** Otto Schreckenbach, Schriftführer, Verbartstr. 7 III. **Helffenrichen (Ortsverb.).** Ratzin Pawelz, Schriftführer, Rottbäusen, Bonnelcampstr. 54.

Briefkasten.

Stellmacher-Sagan. Wenn auch die Papierknappheit sehr groß ist, so müssen wir doch immer wieder darauf hinweisen, daß Berichte und Mitteilungen zur Veröffentlichung im „Gewerkschaften“ nur auf einer Seite des Papiers und nicht zu eng geschrieben sein dürfen.

Anzeigen-Teil.

Dankagung!

Allen Gewerkschaften, Ortsverbänden, Ortsvereinen, sowie den vielen Arbeitskollegen, die mich aus Anlaß meines Jubiläums durch zahlreiche Glückwünsche und Ehrungen in so liebenswürdiger Weise erfreut haben, übermittle ich hierdurch meinen innigsten Dank.

Berlin, den 3. Juli 1917.

Mit herzlichem Gruß
Rudolf Lein, Verbandskassierer.

- Empfehlenswerte Broschüren vom Verbandsbüro, Berlin NO. 55, Weiswasserstr. 221-23, zu beziehen:**
Wie wird für die Angehörigen unserer Krieger gesorgt? von F. Schacher, Rechnungsrat im Reichlichen Kriegsministerium. Preis 25 Pf.
Merkmale über die Ansprüche der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen von Kriegsleistungsträgern von Dr. Georg Braun. Preis 30 Pf.
Das Recht der Organisationen im neuen Deutschland. 1. Teil: Koalitionsrecht und Streikrecht. Vom Vorstand der Gesellschaft für Soziale Reform. Preis 1,- Mk.
2. Teil: „Das Koalitionsrecht und die strafrechtlichen Neben- und Polizeigesetze“. Preis 80 Pf.
3. Teil: „Das Koalitionsrecht und das Gewerbe- und Landarbeitersrecht“. Preis 60 Pf.
Gesetz betreffend den vaterländischen Hilfsdienst, mit Ausführungsbestimmungen und Nachschreibungen. Preis 25 Pf.
Rechtsnachricht für das Deutsche Reich von Karl Goldschmidt. Preis pro Exemplar für Mitglieder 20 Pf., 6 Stück kosten 1,00 Mk., 12 Stück 1,80 Mk. **Recht des Arbeitsrechtes von A. Elfer.** Preis 4,80 Mk.
Neuzeitliche Wirtschaftsphilosophie von Friedr. Rautmann. Preis 3 Mk.
Reform des Arbeitsrechtes von Dr. Fiesch. Preis 20 Pf.
Arbeitslosenversicherung und Arbeitsnachweis von W. Schumacher. Preis 10 Pf.
Die Unfallversicherung von Anton Erzelenz. Preis 30 Pf.
Die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung von L. Lewin. Preis 30 Pf.
Die Krankenversicherung von Karl Goldschmidt. Preis 30 Pf.
Tätigkeitsbericht für die Jahre 1913 bis 1915, erhalten vom Verbandskassierer Leonor Lewin.
Die Frauarbeit in und nach dem Kriege.
a) In der Industrie. Von Gustav Partmann;
b) In der Heimarbeit. Von Dr. Käthe Gaebel.
Was muß geschehen? Winke für die Agitation. Von Alfred Czieslik, Duisburg.
Diese gleichnamigen, für die Agitation außerordentlich wertvollen Schriften sind zum Preise von 10 Pf. für das Stück vom Verbandsbüro zu beziehen.
Das Rechtsverhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern in der Großindustrie von W. Gleichauf. Preis 10 Pf.
Beltanhangung und Arbeiterbewegung von Karl Goldschmidt. Preis 10 Pf.
Geschichte der Deutschen Gewerkschaften von Karl Goldschmidt. Preis 80 Pf. Für Gewerkschaftler 1 Exemplar 50 Pf., 10 Exemplare 4 Mk., 20 Exemplare 7 Mk., 30 Exemplare 9 Mk. und 50 Exemplare 12,50 Mk.